



August 2024



HLPF setzt politische Signale gegen die globalen Krisen

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2024

von Jens Martens

Vom 8. bis 17. Juli 2024 fand die diesjährige Tagung des Hochrangigen Politischen Forums (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen statt. Das HLPF ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) überwachen.

An der Tagung nahmen etwa 90 Staats- und Regierungschef*innen, Minister*innen und Staatssekretär*innen teil. Hinzu kamen hunderte Regierungsvertreter*innen sowie rund 1.000 Vertreter*innen von Parlamenten, Städten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsverbänden.

Auf der Tagesordnung des diesjährigen Forums standen insbesondere die SDGs 1 (Armut beenden), 2 (Ernährung sichern), 13 (Bekämpfung des Klimawandels), 16 (Friedliche und inklusive Gesellschaften) und 17 (Globale Partnerschaft). 36 Länder präsentierten freiwillige Staatenberichte über die Umsetzung der Agenda 2030 (*Voluntary National Reviews*). Und auch eine Reihe von Städten stellten ihre Nachhaltigkeitsberichte vor (*Voluntary Local Reviews*). Außerdem wurde in der Generaldebatte die Brücke zum UN-Zukunftsgipfel geschlagen, der im September 2024 stattfindet.

Offizielles Ergebnis des HLPF ist eine Ministererklärung, die sich weitestgehend darauf beschränkt, bereits Beschlossenes zu bestätigen. Neue Impulse, geschweige denn konkrete politische Antworten auf die globalen Krisen, enthält sie nicht. Angesichts der geopolitischen Konflikte ist es aber schon als Erfolg zu werten, dass die Staaten sich überhaupt auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten.

Deutschland war mit einer 68-köpfigen Delegation in New York vertreten. Die breite Beteiligung von Bundesministerien, Bundestag, Kommunen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft sollte nach den Worten der Bundesregierung das klare Bekenntnis Deutschlands zur Agenda 2030 demonstrieren.

Das Hochrangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung (High-Level Political Forum, HLPF) blieb 2024 von den diversen geopolitischen Konflikten und Krisen nicht unberührt. Das wie immer etwas sperrige offizielle Thema des diesjährigen Forums lautete: „Stärkung der Agenda 2030 und

Beseitigung der Armut in Zeiten multipler Krisen: die wirksame Bereitstellung nachhaltiger, widerstandsfähiger und innovativer Lösungen“.

Das Programm des achttägigen Treffens bestand aus einer Serie von Panelveranstaltungen, Länder-

BRIEFING

berichten und einem dreitägigen Ministersegment (zur Funktionsweise des HLPF s. Kasten). Hinzu kamen über 250 **Side Events**, **Sonderveranstaltungen** und sog. **VNR Labs**, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem Capacity Building für die SDG-Umsetzung auf nationaler Ebene dienen.

Was ist das HLPF?

Das HLPF ist ein zwischenstaatliches Forum, an dem alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilnehmen können. Zusätzlich haben Vertreter*innen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen (im UN-Jargon die Major Groups and other Stakeholders, MGoS) verbriefte Beteiligungsmöglichkeiten.

Format und Arbeitsweise des HLPF wurden von den Regierungen 2013 beschlossen. Seit 2014 tagt das HLPF jährlich für acht Tage unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), davon drei Tage auf Ministerebene. Die Treffen finden im Rahmen der regulären Arbeitstagung des ECOSOC jeweils im Juli eines Jahres statt. Zusätzlich tritt das HLPF alle vier Jahre für zwei Tage auf Ebene von Staats- und Regierungschefs unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung zusammen. Das erste Gipfeltreffen dieser Art fand im September 2019 statt, der **zweite SDG-Gipfel** im September 2023, der dritte folgt im September 2027.

Das offizielle Ergebnis der Tagungen des HLPF ist eine Ministererklärung, die der UN-Generalversammlung übermittelt wird. Alle vier Jahre gibt es eine politische Erklärung des SDG-Gipfels. Über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügt das Forum nicht. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Bestandsaufnahme von Fort- oder Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs. Dies geschieht unter anderem im Rahmen freiwilliger Staatenberichte, der **Voluntary National Reviews (VNRs)**.

Nur 17 Prozent der SDG-Zielvorgaben im Plan

UN-Generalsekretär António Guterres spricht im Vorwort zum **Sustainable Development Goals Report 2024** (S. 2), der beim HLPF präsentiert wurde, von einer „ernüchternden Lektüre“. Er stellt fest, dass die Länder bei nur 17 Prozent der SDG-Zielvorgaben auf dem richtigen Weg sind, bei fast der Hälfte gibt es nur minimale oder mäßige Fortschritte, und bei mehr als einem Drittel der Zielvorgaben verzeichnet der UN-Bericht Stagnation oder Rückschritte (s. Abbildung).

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, eskalierende Konflikte, geopolitische Spannungen

und die wachsende Klimakrise beeinträchtigen Fortschritte bei den SDGs massiv. Darüber hinaus seien die Länder des Globalen Südens mit Defiziten und Ungleichheiten im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem konfrontiert, so dass sie wachsenden Herausforderungen mit nur einem Bruchteil der internationalen Unterstützung bewältigen müssen, die sie eigentlich bräuchten und verdienten. Dies zeigt sich ganz besonders bei den SDGs, die 2024 auf der Agenda des HLPF standen.

Status der SDG-Umsetzung 2024



Quelle: [The Sustainable Development Goals Report 2024](#), S. 4.

Die Fokus-SDGs 2024

Im besonderen Fokus des HLPF standen 2024 folgende fünf SDGs:

- Ziel 1** Armut in all ihren Formen überall beenden
- Ziel 2** Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
- Ziel 13** Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
- Ziel 16** Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Ziel 17 Stärkung der Mittel zur Umsetzung und Neubelebung der Globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung

Der Umsetzungsstand jedes dieser Ziele wurde in Panelveranstaltungen und Side Events einer Bestandsaufnahme unterzogen. Der Tenor der meisten Analysen lautete: Bei allen Zielen ist die Verwirklichung in weite Ferne gerückt. Die Diskussionen drehen sich daher vor allem um die Frage, wie die Umsetzungsprozesse wieder „back on track“ gebracht werden können. Zu den fünf Zielen im Einzelnen:¹



Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie haben den weltweiten Bemühungen um die Beseitigung der extremen Armut erhebliche Rückschläge versetzt.

Die globale Rate der extremen Armut stieg 2020 zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder an und bis 2030 könnten noch immer **590 Millionen Menschen in extremer Armut** leben, wenn sich die derzeitigen Trends fortsetzen.

Das Ziel, den Anteil der Armen nach den jeweiligen nationalen Definitionen mindestens zu halbieren (SDG 1.2), wird ohne eine wesentliche Beschleunigung der Armutsbekämpfung nur in weniger als 30 Prozent der Länder erreicht.

In der Diskussion beim HLPF wurde vielfach darauf hingewiesen, dass die Bekämpfung der Armut eine Politik erfordert, die die Armutsursachen in den Blick nimmt und den multidimensionalen Charakter der Armut berücksichtigt. Mehrere Delegierte verwiesen insbesondere auf die fatalen Folgen der wachsenden Staatsverschuldung und forderten Umschuldungen und Schuldenerlasse, damit öffentliche Mittel für soziale Zwecke wie Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung genutzt werden können und nicht für den Schuldendienst verwendet werden müssen.



Nach einem starken Anstieg des weltweiten Hungers infolge der COVID-19-Pandemie waren 2022 noch immer durchschnittlich **735 Millionen Menschen von Hunger betroffen**. Das waren 122 Millionen Menschen mehr als im Jahr 2019. Schätzungsweise 29,6 Prozent der Weltbevölkerung, d. h. 2,4 Milliarden Menschen, waren im Jahr 2022 mäßig oder stark von Ernährungsunsicherheit betroffen.

Weltweit erhöhte sich der Anteil der Länder, in denen die Lebensmittelpreise deutlich gestiegen sind, im Jahr 2022 auf 58,1 Prozent. Im Durchschnitt der Jahre 2015–2019 waren es nur 15,2 Prozent. Mitverantwortlich dafür waren die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine. Er führte auch zu einem deutlichen Anstieg der globalen Düngemittelpreise.

Als Maßnahmen gegen die globale Ernährungsunsicherheit forderten Delegierte in den Diskussionen beim HLPF die Umstellung auf ökologischen Landbau und pflanzenreiche Ernährung, die Diversifizierung des Anbaus mit Blick auf widerstandsfähigere Sorten sowie die Abschaffung von wettbewerbsverzerrenden Subventionen.



In der internationalen Klimadiplomatie spielt das HLPF kaum eine Rolle. SDG 13 verweist selbst darauf, dass die UN-Klimarahmenkonvention (UN Framework

Convention on Climate Change, UNFCCC) das zentrale Forum für die globalen Klimaverhandlungen ist. So beließen es die Regierungen beim HLPF dabei, einmal mehr auf die Dramatik der globalen Erderhitzung und ihrer Folgen hinzuweisen.

Der SDG-Bericht der UN konstatiert, dass die Welt weiterhin alle Temperaturrekorde bricht. Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) bestätigte, dass das Jahr 2023 das wärmste Jahr war, mit einem **Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um etwa 1,45°C** über dem vorindustriellen Niveau. Wetterextreme wie Hitzewellen, starke Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände und tropische Wirbelstürme, haben das Leben von Millionen von Menschen beeinträchtigt und wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Ein **WMO-Klimareport** vom Juni 2024 stellt fest, dass mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit in mindestens einem Jahr zwischen 2024 und 2028 die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau liegen wird. Im Jahr 2015 lag die Wahrscheinlichkeit eines solchen Temperaturanstiegs noch bei null.

Gleichzeitig sind die **Subventionen für fossile Brennstoffe** nach UN-Angaben 2022 auf ein Rekordhoch von **1,53 Billionen US-Dollar** gestiegen. Sie haben sich damit gegenüber 2015 mehr als verdreifacht. Indem sie die Preise für fossile Brennstoffe künstlich senken, schaden Subventionen der Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energie-

¹ Die folgenden Zahlen stammen, wenn nicht anders angegeben, aus dem [Sustainable Development Goals Report 2024](#) der UN.

quellen und belasten die nationalen Haushalte, insbesondere in Ländern mit ohnehin knappen Kassen und hohen Schuldenständen. Der SDG-Report der UN kritisiert, dass Subventionen oft wohlhabende Menschen und kohlenstoffintensive Unternehmen unverhältnismäßig begünstigen. Er konstatiert, dass trotz aller Versprechungen, die Subventionen für fossile Brennstoffe auslaufen zu lassen, die tatsächlichen Zahlen nur minimales Handeln zeigen.



Die Zwischenbilanz von SDG 16 erfolgte unter dem Eindruck einer wachsenden Zahl bewaffneter Konflikte, allen voran des russischen Krieges gegen die Ukraine und des verschärften israelisch-palästinensischen Konflikts. Sie führten dazu, dass im Jahr 2023 die **Zahl der zivilen Opfer bewaffneter Konflikte um 72 Prozent gestiegen** war. 7 von 10 Todesfällen waren 2023 in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten zu verzeichnen. Zugleich stieg die Zahl der in Konflikten getöteten Frauen zum ersten Mal seit 2015. Im Jahr 2023 waren 4 von 10 zivilen Opfern Frauen, 3 von 10 waren Kinder. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen fordert der SDG-Bericht der UN, dass dieser Trend umgekehrt werden muss. Konflikte müssen beendet werden und die Konfliktparteien müssen sich strikt an die humanitären und menschenrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz des Lebens der Zivilbevölkerung halten.

Die Diskussionen beim HLPF zum Thema Frieden und Sicherheit gingen aber über den begrenzten Fokus von SDG 16 weit hinaus. So forderte Surya Deva, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung, eine Reform des UN-Sicherheitsrats, einschließlich der ständigen Sitze und des Vetorechts. Damit schlug er die Brücke zu den Verhandlungen über das Ergebnisdokument des UN-Zukunftsgipfels, der im September stattfinden wird. Auch dort steht die Reform des Sicherheitsrates auf der Agenda.



Die Finanzierung der SDG-Umsetzung ist Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg oder das Scheitern der Agenda 2030. Auch deswegen steht SDG 17 beim HLPF jedes Jahr auf der Tagesordnung. Die eigentliche inhaltliche Diskussion dazu findet allerdings bereits im Vorfeld beim jährlichen **Financing for Development Forum** des ECOSOC statt. Das HLPF beschränkt sich weitgehend darauf, die dortigen **Aussagen und Vereinbarungen** zu wiederholen.

In den HLPF-Diskussionen wurde zunächst auf die wachsende **Finanzierungslücke** hingewiesen, die in den Ländern des Globalen Südens bei der Umsetzung der SDGs besteht. Sie wird inzwischen auf **4 Billionen US-Dollar pro Jahr** geschätzt. Verschärft wird die Lage durch das nach wie vor hohe Zinsniveau, wodurch sich für Länder des Globalen Südens sowohl die Aufnahme von Kapital auf den internationalen Finanzmärkten verteuert als auch ihre Schuldendienstzahlungen erhöhen. Dadurch bleiben ihnen weniger öffentliche Mittel zur Finanzierung der SDGs.

Intensiver weitergeführt werden die Diskussionen über die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung unmittelbar nach dem HLPF bei einer Tagung in Addis Abeba. Mit ihr (PrepCom 1) beginnen die Vorbereitungen zur **4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4)**, die vom 30.6. bis 3.7.2025 in Spanien stattfinden wird. Schließlich sind die Finanzierung der SDGs und Reformen der internationalen Finanzarchitektur auch Thema des **UN-Zukunftsgipfels** im September 2024.

36 Länder präsentieren freiwillige Nachhaltigkeitsberichte

Neben der Zwischenbilanz einzelner SDGs besteht eine wesentliche Aufgabe des HLPF darin zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele gemacht haben. Zu diesem Zweck sind die Regierungen angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen, die sogenannten Voluntary National Reviews (VNRs). Zwischen 2016 und 2024 haben 190 Länder (inkl. Palästina) insgesamt **366 VNRs** präsentiert, einige von ihnen bereits viermal, darunter Aserbaidschan, Kolumbien, Mexiko und Sierra Leone. Die Bundesregierung hat angekündigt, 2025 ihren dritten VNR anzufertigen. Die einzigen Länder, die bislang nicht berichtet haben, sind Haiti, Iran, Myanmar und die USA.

Im Jahr 2024 haben **36 Länder** ihre VNRs beim HLPF präsentiert (s. Kasten).

Länder, die dem HLPF 2024 nationale Berichte vorgelegt haben

Armenien · Österreich · Aserbaidschan
 Belize · Brasilien · Tschad · Kolumbien
 Republik Kongo · Costa Rica · Ecuador
 Äquatorial Guinea · Eritrea · Georgien
 Guinea · Honduras · Kenia · Laos · Libyen
 Mauretanien · Mauritius · Mexiko · Namibia
 Nepal · Oman · Palau · Peru · Samoa
 Sierra Leone · Salomonen · Südsudan
 Spanien · Syrien · Uganda · Vanuatu
 Jemen · Simbabwe

Die VNRs unterscheiden sich weiterhin erheblich in Umfang und Detailliertheit, Qualität und thematischer Breite, sowie dem Grad der gesellschaftlichen Beteiligung bei ihrer Erstellung und Präsentation in New York. Das UN-Sekretariat hat die Hauptbotschaften der Berichte in einem knappen **Synthesebericht** zusammengefasst.

Bemerkenswert war die hochrangige Vorstellung des 228-seitigen **spanischen VNR** durch gleich vier Vertreter*innen unter Leitung der Stellvertretenden Ministerpräsidentin Teresa Ribera Rodriguez. Beteiligt waren neben ihr der Minister für soziale Rechte, Verbraucherangelegenheiten und die Agenda 2030, eine Vertreterin der Region Navarra und die Vizepräsidentin des spanischen Rates für nachhaltige Entwicklung.

Auch die Regierung **Österreichs** betonte in ihrem VNR den partizipativen Ansatz bei der Erstellung des nunmehr **2. Freiwilligen Nationalen Berichts**. Dies demonstrierte sie auch bei der Präsentation des Berichts, bei der neben der Kanzleramtsministerin Karoline Edstadler mit Franz Fehr auch ein Vertreter der **UniNETZ-Initiative** sprach, in der sich Wissenschaftler*innen und Künstler*innen aus 23 österreichischen Institutionen zusammengeschlossen haben, um einen Beitrag zur Umsetzung der SDGs zu leisten. Eine weitere Besonderheit des österreichischen VNRs ist, dass im Prozess seiner Erarbeitung auch Vertreter*innen aus Bhutan und der Schweiz im Rahmen eines Peer-Learning-Austauschs einbezogen wurden.

Mit besonderem Interesse wurde nach der Abwahl des rechtsreaktionären Präsidenten Bolsonaro und dem Amtsantritt von Lula da Silva 2023 der **VNR Brasiliens** erwartet. Der Bericht steht unter dem Motto „Brasilien ist zurück“ und beschreibt auf 348 Seiten ausführlich die Maßnahmen, die in

den letzten eineinhalb Jahren eingeleitet wurden, um Brasilien wieder zurück auf den SDG-Pfad zu bringen. Bei der Präsentation des Berichts in New York nannte Márcio Macedo, Minister und Leiter des Generalsekretariats des brasilianischen Präsidenten, dazu als Beispiele unter anderem die Einrichtung einer Nationalen Kommission für die SDGs, Steuerreformen zur Verringerung der Ungleichheit, die Halbierung der Abholzungsrate im Amazonasgebiet und Initiativen zur Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit durch ein „Solidaritätsküchen“-Programm.

Parallel zum offiziellen VNR Brasiliens hat die **Brasilianische Arbeitsgruppe der Zivilgesellschaft zur Agenda 2030** ihren inzwischen achten Schattenbericht („Spotlight Report on Sustainable Development in Brazil“) veröffentlicht. Darin konstatieren sie nach Jahren der Rückschritte unter Bolsonaro:

“We can already assert we are moving away from the ‘vanguard of setbacks’ notably because of the reopening of spaces for civil society participation in governance bodies, including the National Commission on the SDGs, and Brazil’s renewed prominence in international relations. However, domestically, progress in many sectors is a mere return to 2015 or 2020 levels.” (S. 4)

Einige Regierungen thematisieren in ihren VNRs die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der SDG-Umsetzung mittlerweile stärker als es in den Anfangsjahren der Fall war. Das liegt sicher auch an den Vorgaben, die das UN-Sekretariat in seinem detaillierten **Handbuch zur Erstellung von VNRs** macht. Dennoch bleiben die Berichte überwiegend Selbstdarstellungen der Regierungen.

Ein Grundproblem ist die knappe Zeit, die beim HLPF für die VNRs vorgesehen ist. Jedes Land hat für die Präsentation seines Berichts sowie für Fragen und Antworten durchschnittlich nur 20 Minuten Zeit. Außerdem ist der Prozess stark formalisiert, sodass spontane oder gar kritische Nachfragen kaum möglich sind. Hier besteht weiterhin erheblicher Reformbedarf.

Wachsende Rolle von Städten und Regionen beim HLPF

Städte und Regionen sind für die Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer Ziele von wachsender Bedeutung. Beim SDG-Gipfel 2023 versprachen die Regierungen aus diesem Grund: „Wir werden die Ziele weiter an die lokalen Gegebenheiten an-

passen und die integrierte Planung und Umsetzung auf lokaler Ebene vorantreiben.“ (A/RES/78/1, Pkt. 38(s))

Die größere Rolle von Städten und Regionen spiegelte sich beim HLPF in einer erhöhten Präsenz ihrer Vertreter*innen und einer Reihe von Side Events und Sonderveranstaltungen wider. Ihre globalen Dachverbände und kommunalen Bündnissen arbeiten im SDG-Kontext in der **Global Taskforce of Local and Regional Governments** zusammen. Sie veranstaltete im Rahmen des HLPF bereits zum siebten Mal ein „**Local and Regional Governments Forum on the 2030 Agenda**“. Ziel war es, dort wirkungsvolle Lokalisierungsmaßnahmen und Koalitionen unter der Leitung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften zu präsentieren.

Daneben veranstaltete die Global Taskforce zusammen mit UN-Habitat und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), die gemeinsam die **Local2030 Coalition** bilden, eine weitere Sonderveranstaltung unter dem Titel „**Unlocking transformative change through the localization of the six SDG transitions**“. Auch hier ging es darum, politische Maßnahmen und Initiativen zu identifizieren, die die „Lokalisierung“ der SDGs voranbringen können. Außerdem sollte von der Veranstaltung ein Signal an den UN-Zukunftsgipfel ausgehen, um sicherzustellen, dass dieses Thema im Mittelpunkt aller künftigen globalen Agenden für nachhaltige Entwicklung steht.

Immer mehr Städte und Regionen informieren über ihre Bemühungen bei der Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen von **Voluntary Local Reviews (VLRs) bzw. Voluntary Subnational Reviews (VSRs)**.² Die Global Taskforce berichtet in ihrem **Report zum HLPF 2024**, dass inzwischen weltweit 295 VLRs von 235 Städten und Gemeinden mit insgesamt 500 Millionen Einwohner*innen angefertigt wurden. Zusätzlich haben 37 Regionen, in denen 1,75 Milliarden Menschen leben, VSRs produziert. Erstmals wurde in Skandinavien ein neuer Ansatz erprobt, indem ein „**Nordic VSR**“ ausgearbeitet wurde, an dem Regionen aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden beteiligt waren.

Auch einige deutsche Städte und Landkreise haben inzwischen VLRs angefertigt, zum Teil mit Unterstützung der **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** von Engagement Global. Dazu gehören die Städte Bonn, Kiel und Bad

Köstritz sowie die **Metropolregion Rhein-Neckar**, die beim HLPF vor Ort waren und dort über ihre Erfahrungen berichteten. Daneben waren auch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund in der deutschen Delegation beim HLPF vertreten.

Demonstrative Präsenz Deutschlands beim HLPF

Deutschland war mit einer auffallend großen Delegation in New York vertreten. Die breite Beteiligung von insgesamt 68 Vertreter*innen von Bundesministerien, Bundestag, Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sollte das klare Bekenntnis Deutschlands zur Agenda 2030 demonstrieren – so die Parlamentarischen Staatssekretärin Bettina Hoffmann (BMUV) in ihrer **Rede im Ministersegment des HLPF**. Neben ihr waren auch die Parlamentarische Staatssekretärinnen Bärbel Kofler (BMZ) und Claudia Müller (BMEL) in New York dabei.

Alle drei sprachen auch beim offiziellen **Side Event Deutschlands** am 15. Juli 2024, das unter dem Titel stand „Just, healthy and green? Exploring the nexus of SDGs 1, 2 and 13 and transformative approaches like climate-smart school meal programs“. Bei der Veranstaltung sollten Schulspeisungsprogramme und das „True Cost Accounting“ von Ernährungssystemen als Beispiele dienen, um die Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen SDGs zu illustrieren.

Vertreter*innen Deutschlands meldeten sich aber auch im offiziellen HLPF-Programm wiederholt mit kurzen Statements zu Wort, so zu **SDG 1, SDG 2, SDG 13** und **SDG 16**. Um die wichtige Rolle von Städten und Kommunen zu unterstreichen, erhielt außerdem der Vertreter Kiels das Wort, um zum Thema „**Transformation from the ground up: Acting at local level**“ zu sprechen.

Ein wichtiges Thema wurde bei einem weiteren Side Event angesprochen, das vom Forum Umwelt und Entwicklung und dem Global Call to Action Against Poverty (GCAP) gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am letzten Tag des HLPF veranstaltet wurde. Es hatte den Titel „**Reforming the Global Tax System: Global Tax Justice to Reduce Inequalities and Finance Sustainable Development?**“ Dort wurde unter anderem ein **Positionspapier** zu den Verhandlungen über eine

² Eine Auswahl von VLRs findet man hier: <https://www.local2030.org/vlrs> und hier: <https://sdgs.un.org/topics/voluntary-local-reviews>

UN-Steuerkonvention präsentiert, das das Forum und GCAP zusammen mit dem Netzwerk Steuergerechtigkeit und der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke veröffentlicht haben. Die nächste Verhandlungsrunde über die Terms of Reference einer UN-Rahmenkonvention zur internationalen Steuerkooperation findet unmittelbar nach dem HLPF in einem dazu eingerichteten Ad Hoc Committee vom 29. Juli bis 16. August 2024 statt.

Diskussionen über Ministererklärung bieten Vorgeschmack auf Zukunftsgipfel

Offizielles Ergebnis des HLPF ist eine Ministererklärung, die bereits im Vorfeld ausgehandelt worden war. Sie beschränkt sich weitestgehend darauf, bereits Beschlossenes, wie zuletzt in der Politischen Erklärung des SDG-Gipfels 2023, zu bestätigen. Zu den meistverwendeten Wörtern in dem **14-seitigen Entwurf der Ministererklärung** gehören „reaffirm“ und „recommit“.

Bemerkenswert sind einmal mehr die Betonung der wichtigen Rolle von Städten und Gemeinden und die Verpflichtung zur umfassenden Einbeziehung von lokalen Regierungen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft in die Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategie und VNRs. In der Erklärung heißt es dazu wörtlich:

“We commit to strengthen the implementation of the 2030 Agenda at all levels, including through involving and empowering local authorities to ensure local ownership of the Sustainable Development Goals, in particular through the empowerment of citizens, communities, civil society and local organizations, in order to ensure local implementation of development priorities.” (Pkt. 91)

“We encourage countries to consider developing national road maps of voluntary national reviews for presentation until 2030 and to support local authorities in the preparation of voluntary local reviews.” (Pkt. 93)

“We encourage the full, equal and meaningful participation of all relevant stakeholders, including local governments, civil society organizations and academia, in the design, implementation, monitoring, evaluation and reporting of national sustainable development strategies and in the preparation of voluntary national reviews.” (Pkt. 94).

Dass die Verabschiedung der Ministererklärung am Ende nicht ganz harmonisch über die Bühne ging, lag vor allem an zwei Dauerkonflikten, die seit Jahren UN-Verhandlungen belasten, und über die in der letzten Sitzung des HLPF abgestimmt wurde.

Erstens forderte Nicaragua im Namen einer Staatengruppe (Belarus, Bolivien, Kuba, Eritrea, Iran, Russland, Syrien, Venezuela und Simbabwe) die Aufnahme eines **Paragraphen** in die Erklärung, der die Staaten auffordert, auf unilaterale Wirtschaftssanktionen zu verzichten. Der Antrag wurde mit 105 Stimmen bei 11 Gegenstimmen und 46 Enthaltungen (darunter Deutschland) angenommen.

Zweitens forderte Israel, einen Paragraphen zum Thema „Frieden und Sicherheit“ aus der Erklärung zu streichen, der wortwörtlich bereits in der Agenda 2030 enthalten ist und sich unter anderem dafür ausspricht, die Hindernisse zu beseitigen, die der vollen Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung der unter kolonialer und ausländischer Besatzung lebenden Völker im Wege stehen. Israels Antrag wurde mit 122 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 39 Enthaltungen (darunter Deutschland) abgelehnt.

Die Konflikte um die Abschlusserklärung geben ein Vorgeschmack auf die heiße Phase der Verhandlungen über den Zukunftspakt, die in den Wochen bis zum UN-Zukunftsgipfel (22.–23. September 2024) stattfinden werden. Die Verabschiedung der Ministererklärung des HLPF ist aber auch ein Beleg dafür, dass die multilaterale Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen trotz aller politischen Kontroversen nicht völlig gelähmt ist, sondern durchaus zu gemeinsamen Entscheidungen führen kann.

Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forums Europe

Weitere Informationen

United Nations (2024): The Sustainable Development Goals Report 2024. New York.
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2024/>

United Nations Secretary-General (2024): Progress towards the Sustainable Development Goals. Report of the Secretary-General. New York (UN Dok. A /79/79- E /2024/54).
https://hlpf.un.org/sites/default/files/2024-06/SG-SDG-Progress-Report-2024_05062024.pdf

Statistical Annex:
https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2024/E_2024_54_Statistical_Annex_I_and_II.pdf

Webseiten

High-Level Political Forum
<https://hlpf.un.org/>

Reporting Services des International Institute for Sustainable Development (IISD) zum HLPF
<https://enb.iisd.org/high-level-political-forum-hlpf-2024>

Informationsportal von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030
<https://www.2030agenda.de>

Impressum

HLPF setzt politische Signale gegen die globalen Krisen

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2024

Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.
Königstraße 37a, 53115 Bonn
Tel. 0228 96 50 510
europe@globalpolicy.org
www.globalpolicy.org
Kontakt: Jens Martens

Autor: Jens Martens

Redaktion: Celia Sudhoff

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, August 2024

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „**Halbzeit bei der SDG-Umsetzung**“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global mit Mitteln des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.